

De facto

CHRISTIAN BAHA

Gastkommentar des
Superfund-Gründers**Es war einmal . . .**

Es war einmal ein EU-Vertrag, deres der Europäischen Zentralbank (EZB) verboten hat, Staatsanleihen verschuldeter Mitgliedsstaaten aufzukaufen und damit die Haftung für andere Länder zu übernehmen. Eine Staatsschuldenkrise und eine Corona-Pandemie später entpuppen sich derlei Regeln und Verpflichtungen als Märchen aus tausendundener Verhandlungs-Nacht, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen.

Faktum ist, dass die Verschuldung der Südstaaten mittlerweile bei 120 bis 200 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) liegt und auch die im EU-Vertrag festgelegte Schuldenobergrenze von 70 Prozent seit Jahren mit Füßen getreten wird.

Faktum ist, dass das ewige Gelddrucken der EZB die Inflation befeuert: Im Euro-Raum kletterten die Verbraucherpreise soeben auf ein 13-Jahres-Hoch; wir werden auch in unseren Breiten mit einer längeren Phase steigender Inflation leben lernen müssen.

Faktum ist, dass die permanente Erhöhung der Geldmenge durch die Zentralbanken die Konsumenten in ein Dilemma bringt: Auf der einen Seite steigen die Kosten für Mieten, Nahrungsmittel, Öl und Strom, auf der anderen Seite bleiben dem braven Sparer nahezu null Zinsen auf dem Sparbuch. Ja, sogar das so wichtige Thema Nachhaltigkeit hat einen preistreibenden Effekt: Die CO₂-Zölle der EU erhöhen die Inflation.

De facto sollten wir uns von Brüssel nicht fernsteuern lassen. Es braucht entweder eine starke EU, in der sich alle an die Regeln halten. Oder keine.

Nobelpreis

Wann ist es so weit, dass alle Staaten an ein und demselben Strang ziehen werden, um den Klimawandel, der nicht zu stoppen ist, wenigstens zu verlangsamen?

Nobelpreise an jene, die wissenschaftlich belegen, dass er tatsächlich und zwar unumkehrbar stattfindet und der Mensch daran schuld ist, genügen und helfen so lange nicht, bis endlich global gehandelt wird.

Hans Gamliel, Rorschach (CH)

Der Fall Hebein

Es ist unverständlich, dass sich die Justiz nicht des Falles Hebein – ehemalige grüne Vizebürgermeisterin in Wien – annimmt. Immerhin hat die Dame Hunderttausende Euro in den Sand bzw. in eine Gürtel-Badewanne gesetzt. Es handelt sich um Steuergeld, mit dem verantwortungslos umgegangen wurde. Ob fahrlässige Krida oder gar Verun-

Das freie Wort

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

Die Leserbriefe der „Krone“ finden Sie online unter www.krone.at/dasfreiewort

treuung – das sollte sich die Korruptionsstaatsanwaltschaft auch einmal ansehen.

Peter Gnam, per E-Mail

Wutbrief von Michael Jeannée

Dass Herr Jeannée ein Verehrer von Herrn Kurz ist, ist jedem bekannt, aber wenn er jetzt schreibt, ob Vizekanzler Kogler vergessen hat, dass Kurz die Grünen in die Regierung geholt hat, eine andere Partei wollte dies sowieso nicht, und dass man den Verräter

hasst, so kommt man zum Umkehrschluss, dass Herr Jeannée die ungustiösen, fast kriminellen Chats gutheißt. Oder er lebt dies auch gegenüber seinen Kollegen so aus? Es gilt die Unschuldsvermutung! Paul Glattauer, Traiskirchen

Handlungsfähiger Kanzler

Ein Bundeskanzler ist kein „Ein-Mann-Betrieb“. So viel Handlung wie in den letzten Jahren hat man in unserem schönen Österreich schon lange nicht gesehen und gespürt, als diese Partei zum Regieren kam. Die Migrationsfrage war eine große Herausforderung. Die übergeordnete Frage „Wie viele Migranten lassen wir nach Europa?“ ist von ihm ausgegangen, und so ist europaweit ein Konzept gegen den Flüchtlingsstrom entwickelt worden.

Sich gegen die Willkommenspolitik einer Frau Merkel zu stellen hat seine Handlungsfähigkeit mehr als bestätigt. Ja – es wurden und werden immer Fehler gemacht. Die vielen Millionen an Steuergeldern, die in letzter Zeit an die Medien „verteilt“ wurden, denn die haben alle profitiert, waren sicher auch abseits der Legalität, weil die Fördergrenze weit überschritten wurde und der Steuerzahler selbst seine „Belehrungen von oben herab“ bezahlen musste. Dass man den Bürger für dumm verkauft und dieser noch selbst dafür bezahlen muss, ist neu, und das stört mich viel mehr als das, was man dem Kanzler nun vorwirft.

Wo ist eine Alternative? Ich sehen keine zur jetzigen Regierung. Es soll weitergearbeitet werden. Die Vorverurteilung ist so typisch österreichisch und zeigt die vergiftete Gesellschaft.

Inge Schranz, per E-Mail

Eine Regierung, die etwas weiterbringt

Eine solche hätte das Land dringend nötig. Die Regierung Kurz-Kogler war das nicht. Zu sehr waren die Zielvorstellungen der beiden Koalitionspartner unterschiedlich, da hat man sich gegenseitig bei



Foto: EXPA/Michael Gruber

Umfragen sollen zulasten des damaligen ÖVP-Chefs Reinhold Mitterlehner und zugunsten von Sebastian Kurz getürkt worden sein. Franz Köfel interessiert in seinem Leserbrief, was der ehemalige ÖVP-Vizekanzler heute dazu zu sagen hat.

Was sagt Mitterlehner dazu?

Interessant wäre es zu wissen, was ÖVP-Ex-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, der einer der Haupt-Leidtragenden in diesem „Spiel“ gewesen ist, dazu zu sagen hat – wenn es sich so abgespielt hat, wie kolportiert wird. Nun ist mir auch klar, warum Mitterlehner gegen Ende seiner Amtszeit so grantig gewirkt hat.

Franz Köfel, Völs

Haltung

Nun ist der Lack ab von Bundeskanzler Sebastian Kurz – er hat eben, um Reinhold Mitterlehner zu zitieren, keine Haltung bewiesen.

Markus Karner, St. Stefan